

SPD demokratischer pressediens

F/XXVII/129

10. Juli 1972

Der neue Mann auf der Hardthöhe

Den CDU-Kritikern hängen die Trauben zu hoch

Von Werner Buchstaller MdB

Mitglied des Verteidigungsausschusses des
Bundestages und Vorsitzender des SPD-Fraktions-
arbeitskreises für Sicherheitsfragen

Seite 1 und 2 / 48 Zeilen

Die Marktwirtschaft bleibt die Leitlinie

Brandt-Wort schließt eine überflüssige
Debatte ab

Seite 3 / 33 Zeilen

Umweltschutz ein Weltproblem

An der Lastenverteilung müssen auch wir uns
beteiligen

Von Alwin Brück MdB

Vorsitzender des Bundestagsausschusses für
wirtschaftliche Zusammenarbeit

Seite 4 und 5 / 100 Zeilen

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Schlagzeilen aus München

Seite 6 / 29 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressehause 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 58
Telefax: 896 846 / 896 847/
896 848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 86 11

Der neue Mann auf der Hardthöhe

Den CDU-Kritikern hängen die Trauben zu hoch

Von Werner Buchstaller MdB

Mitglied des Verteidigungsausschusses des Bundestages und
Vorsitzender des SPD-Fraktionsarbeitskreises für Sicherheitsfragen

Kaum wurde die Tatsache bekannt, daß Bundesverkehrsminister Georg Leber der Nachfolger des bisherigen Verteidigungsministers Helmut Schmidt auf der Hardthöhe werden würde, meldete sich der "Verteidigungsexperte" der CDU/CSU, Dr. Manfred Wörner MdB, zu Wort und verteilte Vorschußzensuren.

Zur Kabinettsumbildung ist aus der Sicht der Verteidigungspolitik folgendes zu sagen: Georg Leber hat während seiner Amtszeit und in seiner politischen Laufbahn oft, und das vor aller Öffentlichkeit, bewiesen, daß er eine große politische Verwendungsbreite besitzt. Durch den ihm eigenen Scharfsinn, seine Dynamik und sein Durchsetzungsvermögen hat er sich ausgezeichnet bewährt, anstehende gesellschaftspolitische Probleme der Bundesrepublik zu lösen. Diese Qualifikationen und seine persönlichen Leistungsnachweise in und vor aller Öffentlichkeit befähigen ihn zweifellos für das Amt des Bundesverteidigungsministers.

Auf dem Hintergrund dieser Fakten erscheint es geradezu grotesk, wenn Georg Leber von dem CDU-Politiker gewissermaßen ministrable Amtsunfähigkeit für das Verteidigungsressort unterstellt wird: Die vier von der CDU/CSU gestellten Verteidigungsminister, Blank, Strauß, Dr. Schröder und v. Hassel, waren übrigens weder Reserveoffizier der Bundeswehr noch be-

saßen sie eine besondere Qualifikation auf dem Gebiet der Verteidigungspolitik.

Helmut Schmidt hinterläßt das Verteidigungsressort in dem geordneten und verbesserten Zustand, der seiner tadellosen Pflichtauffassung entspricht. Seine großen Aktivitäten und Erfolge in der NATO, zwei "Weißbücher" zur Verteidigungspolitik, über 100 realisierte Einzelmaßnahmen im Sozialbereich der Soldaten, vier Kommissionsberichte mit zum Teil bereits eingeleiteten konkreten Schritten und die Verwirklichung aller in der Regierungserklärung ausgedrückten gesetzlichen Vorhaben auf dem Gebiet des Wehrrechts: Diese Leistungsbilanz spricht für sich und ganz eindeutig gegen die von Dr. Wörner erhobenen Vorwürfe über angeblich "ungeklärte Verhältnisse" im Verteidigungsbereich.

Helmut Schmidt wäre 1969 dankbar gewesen, wenn er die Möglichkeit gehabt hätte, das Verteidigungsministerium und die Bundeswehr in diesem Zustand zu übernehmen. Dr. Wörner hat während der Amtszeit von Helmut Schmidt keine Gelegenheit ausgelassen, den Verteidigungsminister zu kritisieren und ihm Untätigkeit vorzuwerfen. Ich bin erstaunt, mit welchem qualifizierten Lob nun Dr. Wörner heute die Amtszeit von Minister Schmidt bedenkt.

Und ausgerechnet der CDU-"Experte" Dr. Wörner muß die Leistungs- und Amtsfähigkeit des neuen Verteidigungsministers Leber kritisieren! Dr. Wörner hat sich in der VI. Legislaturperiode nicht ein einziges Mal im Verteidigungsausschuß durch qualifizierte Arbeit hervortun geschweige denn profilieren können. Offenbar hängen ihm bloß die Trauben zu hoch.

(-/ee/10.7.1972/bgy)

+ + +

Die Marktwirtschaft bleibt die Leitlinie

Brandt-Wort schließt eine überflüssige Debatte ab

Die nüchterne Erklärung des Bundeskanzlers, daß die sozialliberale Koalition auch nach dem Ausscheiden des bisherigen Bundeswirtschafts- und Finanzministers Prof. Dr. Karl Schiller und mit der Amtsübernahme durch Helmut Schmidt natürlich an der Sozialen Marktwirtschaft festhalten werde, sollte eine leicht gespenstisch wirkende Wochenendperiode allzuvieler Erklärungen beendet haben. Weder in der SPD noch in der FDP noch in ihrer Koalition ist im Zusammenhang mit dem Ministerwechsel irgendwie, irgendwo und irgendwann die Rede davon gewesen, daß man in der Wirtschaftspolitik einen grundsätzlich anderen Weg beschreiten würde.

Der Sozialisierungs-Bühmann, mit dem CDU- und CSU-Politiker und sog. "Union"-Sprecher auf die Straßen gehen, wird sich im grellen Licht der Wirklichkeit bald in Nebelschwaden auflösen. In diese Auflösung wird auch der bemerkenswerte Wirtschaftsexperte Karl-Heinz Narjes hineingeraten, den sich der Oppositionsführer Dr. Rainer Barzel gegen den schwerwiegenden - und wie man sieht: berechtigten - Rat wirklicher Sachkenner als "Wirtschaftsminister" in seine "Mannschaft" geholt hat. Das Wort vom "anderen Godesberg", was immer Narjes auch darunter verstanden hat, läßt die Erwartung aufkeimen, daß er sich jetzt endlich einmal der Mühe unterzieht, das Godesberger Programm nachträglich zu lesen und zu studieren, um seinen Expertenruf nicht noch weiter zu gefährden. Es liegt seit 1959 auf dem Tisch.

Die feste Entschlossenheit beider Koalitionsparteien, diese Soziale Marktwirtschaft fortzuführen, kann also durch noch so lautstarke Kritiken und Unkenrufe aus dem Lager der CDU und CSU nicht infragegestellt werden. Aber auch aus anderen Lagern sind besorgte oder aufmunternde Beteuerungen nicht unbedingt erforderlich. Für das Wort des Kanzlers stehen beide Koalitions- und Regierungspartner gemeinsam ein. Da braucht es keine besonderen Wächter.

(ee/ee/10.7.1972/bgy)

Umweltschutz ein Weltproblem

An der Lastenverteilung müssen auch wir uns beteiligen

Von Alwin Brück MdB

Vorsitzender des Bundestagsausschusses
für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Die Delegation des immer noch unter den Folgen des Krieges hart leidenden Bangla Desh traf gerade noch rechtzeitig in Stockholm ein, um aus dem Munde von Indira Gandhi das bestätigt zu bekommen, was für die Delegierten der Entwicklungsländer bei der ersten Umweltschutz-Konferenz der Vereinten Nationen die Umweltsorgen der Industriestaaten von den Sorgen der Dritten Welt hauptsächlich unterscheidet: Die Frage nach der Qualität des Lebens tritt dort in den Hintergrund, wo das Leben selbst bedroht ist - durch Hunger, Krankheit, Arbeitslosigkeit, Überbevölkerung, fehlende Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeit.

Wer kein Dach über dem Kopf hat, interessiert sich wenig für die Feinheiten der Urbanisierung oder für die Höhe eines Fabrik-schornsteins, sondern dafür, ob es überhaupt für ihn einmal Arbeits- und Wohnmöglichkeiten geben wird. Wer nicht satt zu essen hat, dem ist DDT-verseuchte Nahrung immer noch lieber als gar keine. Und wer die Malaria kennt, der fürchtet DDT weniger als die Moskitos.

An diesen Beispielen wird deutlich, welche Schwierigkeiten einem weltweiten Umweltschutz entgegenstehen und wie problematisch es ist, wenn die Industriestaaten nach jahrzehntelangem Sündigen auf diesem Gebiet nun den Entwicklungsländern beim Aufbau ihrer Wirtschaft Enthaltensamkeit predigen.

Diese Erkenntnis bedeutet keine Absage an die Bemühungen, den Umweltschutz weltweit zu organisieren. Sie sollte uns nur zum Nachdenken über eine gerechte Lastenverteilung bewegen. So sehr die Formulierung des Bundesinnenministers Genscher, es dürfe keine "billigen Flaggen" des Umweltschutzes geben, das heißt, kein Staat der Welt dürfe seiner Industrie um der eigenen Wirtschaftskraft wegen geringere Umweltauflagen vorschreiben, auf den ersten Moment besticht und für Industriestaaten auch uneingeschränkte Gültigkeit hat, so sehr muß man auch darüber nachdenken, was man den Entwicklungsländern zumuten kann und was nicht.

Wir haben jahrzehntelang dafür gesorgt, daß bei uns "die Schornsteine rauchen", und uns dabei nicht die Spur darum gekümmert, daß sie zuviel rauchen. Wir haben unseren heutigen Lebensstandard auch damit erworben, daß wir ohne Rücksicht auf unsere Umwelt unsere Industrie aufbauten. Was kümmerte es uns, daß unsere Abwässer die Meere verseuchten und auch die Küsten solcher Länder umspülten, in denen viele Menschen lange Zeit Industrieanlagen höchstens von Bildern kannten?

Jetzt, da uns angst und bange wird, was wir da angerichtet haben und um die Qualität unseres Lebens fürchten, jetzt, da wir

uns um das ökologische Gleichgewicht der Erde sorgen, weil wir nur mit Unbehagen registrieren, daß zu den Abwässern aus unseren Flüssen immer mehr Abwässer aus den Flüssen der Entwicklungsländer in die Weltmeere fließen und die Bedrohung für uns immer grösser wird, da rufen wir nach einem weltweiten Umweltschutz. Die Entwicklungsländer sollen das nicht tun, was wir im gleichen Stadium der Entwicklung getan haben: zuerst einmal dafür zu sorgen, daß auch bei ihnen die "Schornsteine rauchen".

Dies liest sich vielleicht wie ein Plädoyer dafür, daß die Entwicklungsländer bei den Fragen des Umweltschutzes ebenso sorglos handeln dürfen, wie wir das einst getan haben. Das aber ist es nicht. Es ist nur ein Appell zur weltweiten Solidarität. Wir müssen den Entwicklungsländern dabei helfen, daß sie nicht die gleichen Fehler machen, die wir einst gemacht haben und auch heute noch machen. Konkret gesagt: Die Forderungen der Entwicklungsländer an die Industriestaaten, sie sollten sich an den Kosten des Umweltschutzes bei ihnen beteiligen, sind nicht unberechtigt. Wenn wir fürchten, daß eine Industrialisierung der Entwicklungsländer ohne Rücksicht auf Umweltgefährdung auch unsere Lebensqualität bedroht, dann müssen wir bereit sein, ein wenig von dem abzugeben, was wir dadurch erworben haben, daß wir unsere Wirtschaft ohne Rücksicht auf das ökologische Gleichgewicht der Erde aufgebaut haben. Es wird ja wohl niemanden geben, der meint, dem Problem damit zu begegnen, daß die Industrialisierung der Entwicklungsländer gestoppt wird, so daß es bei der jetzigen Verteilung der Industrie auf der Erde bliebe. Das letztere hieße nämlich, daß es auch bei der jetzigen Verteilung von Reichtum und Armut in der Welt bliebe. Niemand kann das wollen, und niemand kann annehmen, daß die Entwicklungsländer das akzeptieren werden.

Daß wir zu der normalen Entwicklungshilfe, zu den Kosten für den Umweltschutz in unserem Bereich auch noch Kosten für den Umweltschutz in den Entwicklungsländern übernehmen sollen, ist sicher keine populäre Forderung. Aber man muß deutlich sagen, daß dies keine Wohltätigkeitsveranstaltung ist, so wie die gesamte Entwicklungshilfe keine Wohltätigkeitsveranstaltung ist, weil bei ihr handfeste Eigeninteressen im Spiel sind. Entweder wir wollen, daß Umweltschutz - so wie es dringend erforderlich ist - weltweit betrieben wird und wir tragen dann unser Scherflein dazu bei, oder aber wir müssen in Kauf nehmen, daß die verantwortlichen Politiker in den Entwicklungsländern angesichts der an unseren Verhältnissen gemessen noch erträglichen Umweltbedingungen die Industrialisierung vorwärts treiben; und zwar ohne Rücksicht auf Umweltverschmutzung, weil für sie das Problem der Massenarbeitslosigkeit viel gewichtiger ist, auch wenn sie dadurch die Fehler wiederholen, die wir einst gemacht haben. Aber wer die Entwicklung in den Ländern der Dritten Welt sorgfältig beobachtet, der weiß, daß es nicht das erstemal wäre, bei dem diese Länder aus unseren Fehlern nichts gelernt haben. - So gesehen, hat die Umweltkonferenz in Stockholm keine wesentlichen Fortschritte gebracht, auch wenn es einen UN-Umweltfonds aufgrund der Empfehlung der Konferenz geben soll, der innerhalb von fünf Jahren ein Volumen von 100 Millionen Dollar erreichen wird, und in dem die Entwicklungsländer eine Mehrheit im Verwaltungsrat haben werden. Denn die Aufgaben dieses Fonds sind eng umrissen. Er soll eine sog. "Erdwacht" finanzieren. Diese "Erdwacht" liegt, weil sie umweltschädliche Veränderungen in der Atmosphäre und den Weltmeeren rechtzeitig anzeigen soll, hauptsächlich im Interesse der Staaten, die schon jetzt Luft und Wasser am meisten verpestet. Für den Umweltschutz in den Entwicklungsländern bleibt da nichts übrig.

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Schlagzeilen aus München

Im "Bayernkurier", dem CSU-Zentralorgan, das sich als "Deutsche Wochenzeitung für Politik, Kultur und Wirtschaft" darstellt, finden sich in der Ausgabe Nr. 28 vom 8. Juli 1972 folgende Artikelüberschriften:

Titelseite: 1/ "Regierungskrise / Kanzler ohne Kraft und Konzeption / Schiller-Theater nur ein Symptom". 2/ "Bonn und der Westen / Isolierung durch Selbstbetrug". 3/ "Deutscher Gewerkschaftsbund / Wahlkampftruppe für Brandt / Organisierter Druck der Straße als politisches Mittel?"

Zweite Seite: 1/ "Doppelspiel um Diözesangrenzen". 2/ (Fortsetzung von Seite 1) "Isolierung durch Selbstbetrug". 3/ Sämtliche anderen kleineren Beiträge, zwölf an der Zahl, befassen sich, bei nur zwei Ausnahmen, ausschließlich mit der SPD oder mit Sozialdemokraten.

Dritte Seite: 1/ "Vogel-Jubel / Weltstadt mit Klassenkampf / 'Erfolge', die verschwiegen werden". 2/ "Ostdeutsche Diözesen / Folgen der Bonner Ostpolitik / Scharfe Reaktion vertriebener Katholiken auf den Schritt des Vatikan".

Vierte Seite: 1/ "Nachtragshaushalt 1972 / Solide Etatpolitik Bayerns / Mittel zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur gesichert". 2/ "Korruptionen / Trübe Geschäfte mit Steuergeldern / Doch Kanzler Brandt schweigt dazu". 3/ "Prag / Die scheinbare 'Denkpause'". 4/ "Im Vorbeigehen / Sozialliberales Neudeutsch".

Fünfte Seite: 1/ "Freidemokraten / Selbstmörderisches Bündnis / In der tödlichen Umarmung der SPD". 2/ "SPD-Gedenktag / Politisches Bekenntnis oder Lippendienst? / Vollmars Vermächtnis und die Wirklichkeit". 4/ "Friedenskonferenz / Noch zögert Hanoi".
(ee/ee/10.7.1972/sgy)